



PEUTINGER
COLLEGIUM



Jahresheft 2025

Zwischen Unsicherheit und Aufbruch

S. 4

Vorwort von
Dr. Andreas Bachmeier

S. 7–28

Nachlesen der
Veranstaltungen des
vergangenen Jahres

S. 29

Übersicht der
Veranstaltungen
2026

MENSCHEN.
GESPRÄCHE.
HINTERGRUND.



Inhalt

4	Vorwort	19	Andrea Thoma-Böck
7	Dr. Fabian Mehring „Digitalisierung in Bayern“	„Für eine starke Wirtschaft in Deutschland: Bürgerschaftliches Engagement einer mittelständischen Unternehmerin“	
10	Carsten Breuer „Zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands“	22	Franz Xaver Peteranderl „Herausforderungen im Handwerk“
13	Prof. Dr. Carlo Masala „Befinden wir uns in einem neuen Zeitalter der Kriege“	25	Mehrdad Baghaie Yazdi „Das Gigawatt Rennen: Warum KI und Co. auf deutsche Technologie angewiesen sind“
16	Carsten Mumm „Finanzpolitik und nationale, globale Herausforderungen unserer Zeit“	29	Übersicht der Veranstaltungen 2026

Vorwort

4



Liebe Peutingerinnen, liebe Peutinger,

ein denkwürdiges Jahr war es, das eben erlebte 2025. Unsicherheiten und Misserfolge prägten das öffentliche Geschehen. Frieden – nicht in Sicht, Klimaschutz – nicht in Sicht, Reformen in Deutschland – nicht in Sicht und deshalb auch: wirtschaftliches Wachstum – nicht in Sicht. **Die aktuelle Lage braucht unsere volle Aufmerksamkeit, unsere Konzentration und den Fokus auf die Dinge, die wir in die Hand nehmen und gestalten können.**

Wir haben uns 2025 mit Zukunftsvisionen und konkreten Lösungen beschäftigt. Die Digitalisierung in der bayerischen Verwaltung zum Beispiel mit Staatsminister Fabian Mehring, der vor allem über einen notwendigen Zukunftsplan für Deutschland gesprochen hat. **Denn nur hinter einem gemeinsamen und von allen als wichtig erkanntem Ziel kann Einigkeit und Motivation entstehen.** Das hat den Saal im Bayerischen Hof bewegt und vielen Peutingern aus dem Herzen gesprochen.

Sicherheit und kriegerische Auseinandersetzungen in der Welt haben wir mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr Carsten Breuer und Prof. Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr besprochen. Das Ergebnis: Wir müssen uns anstrengen und uns auf eine weitere militärische Zuspitzung der Lage in Europa vorbereiten. Übung und Vorbereitung sollen schließlich auch dazu führen, dass Frieden in Osteuropa erreicht und für ganz Europa gesichert werden kann.

An ein wahres Hochfest launiger Rhetorik erinnern sich alle die dabei waren: Der Abend mit Staatsminister Albert Füracker im Hause Donner & Reuschel. Auch wenn bei den Finanzen eine ähnlich bedrohliche Lage herrscht wie in der Sicherheit – und gerade wegen der Investitionen in unsere Sicherheit. So gelang es doch, den Blick für die guten Dinge unseres Lebens wieder zu schärfen. **Insbesondere der Vergleich unseres Lebensstandards mit dem der Generationen vor uns ist sicher vielen in Erinnerung geblieben.**

Zu den besonderen Erlebnissen dieses Peutinger-Jahres 2025 gehören neben dem Abend bei Donner & Reuschel zwei weitere Abende als Gäste außerhalb unserer eingeübten Veranstaltungsräume. Ein sehr warmer Empfang in den ansonsten sehr verschlossenen Räumen des Europäischen Patentamts an einem lauen Sommerabend und der politische Austausch mit und bei der Handwerkskammer im November waren weitere Höhepunkte 2025.

Für mich geht mit diesem Jahr meine Zeit als Präsident zu Ende und ich bedanke mich herzlich für Ihr wohlwollendes Vertrauen. Ich bin dankbar, dass wir in dieser Zeit einige positive Entwicklungen haben auf den Weg bringen können: Die Integration der jungen Peutinger in das Collegium und das Präsidium, die dauerhafte Konsolidierung der Finanzen und eine positive Entwicklung bei den Mitgliedern möchte ich als Beispiele nennen. Das Ende der Amtszeit ist kein Anlass, um mich zu verabschieden. Ich übergebe an meinen Nachfolger

und bleibe weiter im Präsidium für unsere gemeinsame Sache engagiert.

Ich wünsche Ihnen alles Gute für das neue kommende 2026.

Ihr



Dr. Andreas Bachmeier

SPRECHEN ÜBER MORGEN

FOOD

KRISE

KAMPAGNE

PUBLIC AFFAIRS

NACHHALTIGKEIT

AKZEPTANZDIALOG



www.engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN

„Digitalisierung in Bayern“

Vortrag von Dr. Fabian Mehring, Bayerischer Staatsminister für Digitales, am 21. Januar 2025 im Hotel Bayerischer Hof

Dr. Andreas Bachmeier, Präsident des Peutinger-Collegiums, eröffnet die erste Veranstaltung im Jahr 2025 im Hotel Bayerischer Hof. Nach einer kurzen Begrüßung und Hinführung zum Thema des Abends – Digitalisierung in Bayern – heißt er zunächst die 15 Neumitglieder des Collegiums herzlich willkommen. Im Anschluss stellt Dr. Bachmeier den Gastredner des Abends vor: Mit Herrn Dr. Fabian Mehring, dem Bayrischen Staatsminister für Digitales, hat das Peutinger-Collegium einen hochkarätigen Sprecher für die Auftaktversammlung des Jahres gewonnen.

Dr. Fabian Mehring – ein Kurzportrait

Nach dem Abitur in Wertingen studierte Herr Mehring Politik- und Rechtswissenschaften in Augsburg und Berlin. Im Anschluss promovierte er zum Thema „Funkschlag zwischen Wissen und Macht: Eine Rekonstruktion der Prozesse, Wirkungen und Herausforderungen wissenschaftlicher Policy-Beratung in der deutschen Außenpolitik“. Seit 2018 ist er Mitglied des bayerischen Landtags und treibt seit seinem Amtsantritt 2023 als Nachfolger von Judith Gerlach die Digitalisierung im Freistaat weiter voran. Dabei setzt er sich aktiv gegen die Verbreitung von Fake-News und Desinformation ein, zum Beispiel durch die Initiative „Bayern-Allianz gegen Desinformation“.



Dr. Fabian Mehring stellt sich vor und bedankt sich für die Einladung.

Zu Beginn seines Vortrags betont Mehring, dass er sich sehr über die Einladung des Peutinger-Collegiums freue, insbesondere aufgrund der Gelegenheit, mit den Anwesenden in den Diskurs zu treten. Für eine effektivere Politik sei es entscheidend, dass Politikerinnen und Politiker wieder mehr zuhören. Gleichzeitig vertritt Herr Mehring selbst die Vision des Collegiums: Ganz wie einst Konrad Peutinger dem bayerischen Regenten Maximilian I. zur Seite stand, berate der gebürtige Augsburger Mehring heute als Minister für Digitales den bayerischen Ministerpräsidenten. Zudem ginge es im Peutinger-Collegium um die freie und soziale Marktwirtschaft im Welthandel – alles Themen, die zu seinem Tagesgeschäft gehören.

Plädoyer für eine neue Deutschland-Idee

Mit Donald Trump sei ein amerikanischer Präsident an der Macht, der die deutsche Wirtschaft und unsere Wertevorstellungen wohl etwas stärker auf die Probe stellen werde, als wir es aus den letzten Jahren gewohnt seien. Die Situation im Nahen Osten sei instabil, es herrsche Krieg mitten in Europa und auch innerhalb der Bundesrepublik sei die Situation angespannt. Wir befänden uns in einer fundamentalen Wirtschafts- und Vertrauenskrise. Die Menschen verlieren das Vertrauen – in den Staat und seine Institutionen sowie in die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger selbst. All das zeige sich insbesondere an den Wahlergebnissen im Osten Deutschlands und an dem Ausgang der Europawahl – insgesamt also alles andere als einfache Zeiten.

Um aus dieser Krisensituation, die schon seit der Corona-Pandemie über dem Land läge, aus eigener Kraft herauszukommen, so Mehring, benötige es eine neue Idee Deutschlands.

Die Menschen in diesem Land hätten bereits mehrfach bewiesen, dass eine gemeinsame Vision Deutschlands zu Erfolg und Stärke führen könne. Ein gutes Beispiel hierfür seien die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg. Durch Zusammenhalt konnte der Krieg überwunden und das Land wieder aufgebaut werden. Mit Zukunfts-

Optimismus strebte Deutschland wieder an die Spitze neuer Märkte. Auch nach der Wiedervereinigung zeigten die Menschen, dass sie das Land gemeinsam und vereinigt wieder in den Wohlstand führen wollten.

Gegenüber einer gemeinsamen Mission hätten es politische Geschäftsmacher und die, die unsere Gesellschaft auseinandertreiben wollen, schwer. Eine solche Deutschland-Idee bräuchten wir auch jetzt, so Mehring, um wieder aus der aktuellen Krisensituation herauszufinden. Vor diesem Hintergrund stellt der Minister für Digitales fünf Thesen auf, die er als integrale und entscheidende Bestandteile einer zukunftsweisenden Deutschland-Idee erachtet.

Fünf Thesen für eine zukunftsweisende Deutschland-Idee

Erste These: Wir müssen einen modernen Staat erschaffen, der den Menschen mit einer innovativen Verwaltung begegnet. Hier spielt Digitalisierung eine entscheidende Rolle, um den Bürokratieabbau zu beschleunigen. Jeder Verwaltungsprozess müsse einmal auf den Seziertisch der Digitalisierung. Dabei bedeutet das nicht, die Prozesse der Vergangenheit einfach in das Internet zu übertragen. Wir müssen die Chance wahrnehmen, im Rahmen der Digitalisierung Prozesse neu zu denken und richtig zu entbürokratisieren, so Mehring. Hier liege, laut Bitkom e.V., auf der Ausgabenseite ein Einsparpotenzial in dreistelliger Milliardenhöhe. Auch mit Blick auf unsere Demographie werde die Bedeutung von Digitalisierung deutlich: Wenn in rund zehn Jahren die Babyboomer in den Ruhestand gehen, müsse die Digitalisierung und Automatisierung so weit vorangeschritten sein, dass die übriggebliebenen Arbeitskräfte diejenigen Aufgaben erfüllen können, die nicht digitalisierbar und automatisierbar seien. Wenn wir das nicht schaffen, so Mehring, werde es Wohlstandsverlust und Staatsversagen geben – genau das sei das Narrativ von AfD und Co. Letztendlich sei Digitalisierung nicht nur für die Bürokratie und Demographie, sondern auch für das Funktionieren unserer Demokratie entscheidend. Wenn die Wirtschaft die Digitalisierung meistere, die Politik aber daran scheitere, werden Narrative von Staatsversagen immer glaubhafter. Für die Umsetzung einer innovativen Deutschland-Idee braucht es auch deshalb einen modern aufgestellten Staat.

Zweite These: Das Schrumpfen der Old-Economy zu bremsen, werde kein Wachstum generieren. Wenn wir es schaffen, dass der BIP-Anteil der Automobilindustrie statt von 13 Prozent auf 9 Prozent nur auf 11 Prozent sinkt, sei das gut für Deutschland, schlussendlich aber immer noch Rezession und kein Wachstum. Die Welt hat sich weitergedreht. Apple sei inzwischen 60-mal so viel wert wie die gesamte Daimler-Benz AG. Microsoft hat im ersten Halbjahr 2024 mehr Geld in Künstliche Intelligenz – eine einzelne Zukunftstechnologie – investiert, als BASF im ganzen Jahr umgesetzt hat. Wenn wir wirtschaftlich wieder auf die Füße kommen wollen, sind neue Ideen für neue Märkte notwendig, betont Mehring. Und welche Märkte das seien, sei klar: Die Zukunft liege in der Digitalwirtschaft. Während über alle Wirtschaftssektoren hinweg Stagnation oder Rezession dominieren, verzeichne die Digitalwirtschaft seit 2020 ein Wachstum von 20,7 Prozent. Mit Blick auf die Idee eines starken und innovativen Deutschlands sei das gut. Die Bundesrepublik verfüge über keine Rohstoffe und sei durch hohe Energiepreise und Arbeitslöhne dominiert. All das, zusammen mit der schon beschriebenen Demographie, stellen eines ganz klar: Hochskalierte, energieintensive Massenproduktion von Billiggütern zu Mindestlöhnen führen uns nicht aus der Krise. Unsere Idee Deutschlands müsse sein, bei Innovationen an der Spitze zu stehen. Wir müssen ein attraktiver Standort für Zukunftstechnologie werden, so Mehring.

Dritte These: Es reiche nicht aus, eine bestimmte Vorstellung unseres Landes im Sinne zu haben. Der Erfolg unseres Landes setze einen europäischen Ansatz voraus. Strauß sagte einmal sinngemäß: Bayern ist Heimat, Deutschland Vaterland, Europa Zukunft. Und in dieser Zukunft seien wir, spätestens seit dem Amtsantritt von Trump, angekommen. Europa sei die einzige Chance, gegenüber den USA und Asien konkurrenzfähig zu bleiben. Anstatt uns von diesen abhängig zu machen, brauchen wir europäische Champions für das digitale Zeitalter, so Mehring. Airbus etablierte sich seinerzeit als eigenständiges europäisches Luftfahrtunternehmen parallel zu Boeing – ein Vorbild, das nun auch in Bereichen wie Quantum Computing und Cloud Infrastructure umgesetzt werden sollte. Nur durch Unabhängigkeit können wir unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft selbst be-



Herr Mehring setzt Impulse
für ein proaktiveres
Handeln und mehr Mut in
schwierigen Zeiten.

stimmen. Dafür genügen 80 Millionen Deutsche nicht, vielmehr seien Mehring zufolge mindestens 450 Millionen Europäer nötig.

Vierte These: Ein europäischer Ansatz setze ein europäisches Alleinstellungsmerkmal voraus. Der bayerische Minister für Digitales plädiert für politische Haltung: Europa als Gegenentwurf zu dem aktuell vorherrschenden Opportunismus, wie er sich in der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft breit mache: Mit Trumps erneuter Wahl zum Präsidenten seien alle großen amerikanischen Banken aus dem dortigen Klimaschutzabkommen ausgestiegen. Die gleichen Banken, die sich an Bidens Seite noch für Klimaschutz stark gemacht haben. Mark Zuckerberg schaffte Faktenchecks in seinem Netzwerk ab, noch bevor Trump überhaupt Präsident war. Unsere Chance liege, betont Mehring, darin, die Vorgehensweisen, die in den USA erfolgreich seien, ebenfalls erfolgreich umzusetzen – und zugleich Haltung zu bewahren. **Mit Projekten wie der Bayern-Allianz gegen Desinformation im digitalen Raum ist der Freistaat hier schon jetzt Vorreiter in Europa.**

Fünfte These: Um die skizzierte Vision zu erreichen, sei eine gewisse Offenheit gegenüber dem Neuen und Unbekannten von großer Bedeutung. Zukunftstechnologien wie KI werden unsere Art zu leben und zu arbeiten in den nächsten Jahren fundamental verändern. Die USA investieren aktuell 300 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen Geldern in diese Märkte, um an die Spitze der Bewegung zu kommen. Währenddessen regulieren

wir in Deutschland den digitalen Raum durch hunderte neue Gesetze und Verordnungen weiter. Mit Blick auf die Dynamik des digitalen Marktes können wir uns diese Mentalität der Überregulierung nicht mehr leisten.

Abschließend fasst Mehring zusammen, dass wir wieder optimistischer in die Zukunft blicken müssen. Die „German Angst“ müsse durch bayerischen Mut und proaktives Handeln ersetzt werden – schließlich erfüllen wir alle Voraussetzungen für eine positive Zukunft: Eine phänomenale Ausbildungslandschaft, starke Unternehmen und Menschen, die neben ausgezeichneten Fähigkeiten auch Herz und Haltung haben. **Wir sollten nicht über das reden, was nicht geht, sondern positiv und mit Mut in die Zukunft blicken, so Mehring.**

Nach dem Vortrag eröffnet Dr. Andreas Bachmeier die Diskussion. Fragen rund um die Situation in den USA kommen auf, beispielsweise inwiefern man sich von Trump, Musk und Co. vielleicht auch etwas abschauen könne. Zudem werden die Barrieren durch Bürokratie und Verwaltungsgesetze als auch die digitale Infrastruktur, der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und bedarfsoorientierter Förderung von Startups thematisiert.



„Zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands“

Vortrag von General Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr am 11. Februar 2025 im Westin Grand Hotel

In der Woche vor der Münchner Sicherheitskonferenz und kurz vor der ersten Bundestagswahl nach der vielzitierten „Zeitenwende“ ist der Schwerpunkt der zweiten Veranstaltung des Peutinger-Collegiums bereits vorab gesetzt. Als Gastredner zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands ist kein geringerer als der derzeitig amtierende Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, geladen.

Generalinspekteur Carsten Breuer – eine Kurzvorstellung

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Präsidenten des Peutinger-Collegiums, Dr. Andreas Bachmeier, stellt das Präsidiumsmitglied Christine Gärtner, deren hartnäckigem Einsatz die Zusage von General Breuer zu verdanken ist, den Referenten vor. Seit März 2023 ist dieser als Deutschlands ranghöchster Soldat und damit als Teil der Leitung des Verteidigungsministeriums tätig. Zuvor war er ab 2021 Leiter des im Kanzleramt angesiedelten Corona-Krisenstabes.

Zu Beginn seines Vortrages teilt General Breuer zwei persönliche Beobachtungen, die die Anwesenden dafür sensibilisieren sollen, dass am Ende immer die Soldatinnen und Soldaten am „scharfen Ende des Berufes“ entscheidend für die Umsetzung von Sicherheitspolitik seien. Sie riskieren ihr Leben für ihr Land. Nach diesen einleitenden Gedanken drückt der Generalinspekteur seine Freude darüber aus, dass der Termin nach langer Anbahnungszeit realisiert werden konnte. Gerade vor dem aktuellen Hintergrund der sicherheitspolitischen Lage sei die anstehende Sicherheitskonferenz besonders spannend. Denn Deutschland und Europa stünden aktuell einer multiplen Bedrohungslage gegenüber. Umso wichtiger sei es für die Repräsentanten der Bundeswehr, zu verstehen und zu erklären, welche Rolle und Verantwortung die Truppe in diesem Konzert der Sicherheitspolitik spielle.

„Der Begriff der strategischen Gelassenheit“

Zur Einordnung führt Breuer den Begriff der strategi-

schen Gelassenheit ein: Man solle sich nicht von jedem tagespolitischen Thema verunsichern lassen, sondern besser das große Ganze im Blick behalten. Breuer plädiert dafür, sich im Zuge der Verteidigungspolitik nicht ausschließlich auf die USA zu verlassen, sondern die Verteidigung als partnerschaftliche, aber doch eigenverantwortliche Aufgabe zu betrachten.

„Wir befinden uns in einem Netz aus Krisen“

Aktuell befänden wir uns, so Breuer, in einem Netz aus Krisen, von denen die Lage in der Ukraine derzeit die akuteste darstellt. Um das Sterben in diesem Krieg zu beenden, sei eine gemeinschaftliche Anstrengung notwendig, um die Ukraine in eine Position versetzen, in der sie verhandeln könne – und Wladimir Putin verhandeln müsse. Doch Putins Russland rüste nicht nur militärisch und personell für den Krieg in der Ukraine auf, sondern investiere parallel auch in neue militärische Strukturen, die klar gen Westen ausgerichtet seien.



General Breuer über das Netz globaler Krisen.

Bis Ende der Dekade möchte der Kreml seine Armee so rekonstruieren, dass ein Angriff auf NATO-Länder möglich sei – die Betonung liege (noch) auf dem Konjunktiv. Die offiziellen und inoffiziellen Verlautbarungen der politischen Führung Russlands deuten auf ein entsprechendes Szenario hin.

Einen weiteren Krisenherd stelle die Lage in Israel und dem Nahen Osten dar. Breuer betont deutlich, dass die Lage nicht in Schwarz oder Weiß kategorisiert werden könne – weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Er hebt außerdem die Bedeutung und das Verantwortungsbewusstsein der Soldaten und übergeordneten Befehlshaber für die Sicherheit hervor. Obwohl alle Anzeichen für einen Überfall der Hamas im Oktober 2023 vorlagen, war es der Armeeführung nicht gelungen, die einzelnen Informationen miteinander zu verbinden und damit den Anschlag zu verhindern.

Eine weitere Bedrohung in diesem Subsystem sei die Huthi-Miliz, die durch die Hamas vom Iran finanziert werde. Sie setze auf moderne, innovative und kostengünstige Waffensysteme und bringe so den Seehandel durch das rote Meer fast zum Erliegen. Das sorge für deutlich höhere Seehandelskosten, vor allem für Mittelmeeranrainer und EU-Verbündete wie Frankreich oder Italien. **Die innereuropäische Solidarität sei hier gefragt. Diese rechtfertige die Beteiligung an Einsätzen zur Sicherung dieser Seehandelsrouten.**

Die expansive Territorialpolitik Chinas sei der nächste große Knoten in dem von Breuer gesponnenen Krisennetz. Die Gewässer um Taiwan stellen für den Experten die gefährlichste Region der Welt dar. China setze hier ebenfalls auf eine Politik der Stärke und Einschüchterung. Der CRINK-Club, bestehend aus China, Russland, Iran und Nordkorea, werde für andere Schwellenländer immer attraktiver – vor allem aufgrund finanzieller Aspekte, der militärischen Ausrüstung und dem Einfluss. Dieser Aufstieg autoritärer Staaten ist Teil einer globalen Entwicklung. Auch in manchen Ländern, die lange Zeit als gefestigte Demokratien galten, zeigen sich autoritäre Züge nun immer deutlicher. Aus diesem Grund solle man sich innen- wie außenpolitisch immer die Frage stellen, ob unsere Demokratie noch so sicher und selbstverständlich sei wie angenommen, um sie gegen Feinde aus dem In- und Ausland verteidigen zu können.

Zur globalen Krisenlandschaft zählen außerdem Regionen wie Afrika, der Balkan und Grönland. Auch der internationale Terrorismus und die schmelzenden Pole zählt Breuer zu dem Netzwerk aus Krisen. Eine sicherheitspolitische Analyse zeigt, dass es sich um miteinander verwobene Krisenherde handele, die zu einer Situation kumulieren, die Breuer unter dem Sammelbegriff **Multikrise zusammenfasst**. Die Herausforderung liege genau in dieser Verbindung und Abhängigkeit zwischen den unterschiedlichen Krisenherden, die sich zudem wechselseitig destabilisieren. Das zeige sich exemplarisch an dem Material- und Personeneinsatz Nordkoreas in der Ukraine und Russlands Lieferungen von nuklearen Trägerraketen und weiteren Waffen an die nordkoreanische Führung. Die Sicherheitsarchitektur des 21. Jahrhunderts sei multipolar, ein Zustand, der aus sicherheitspolitischer Sicht nicht erstrebenswert sei, da er nicht die Stabilität von großen Blöcken biete.

Hybride Kriegsführung als Chance

Die Situation werde zusätzlich durch die hybride Kriegsführung verschärft. Dies führe dazu, dass alte Gewissheiten und Strategien nicht mehr passgenau verwendet werden können. Es sei ein diffuser Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden, der verwendet werde, um Nahtstellen und unklare Zuständigkeiten zu identifizieren und auszunutzen – getreu dem militärischen Motto „Grenzen sind Angriffsachsen“. Beispiele für solche hybriden Maßnahmen seien der Einsatz von Aufklärungsdrohnen auf deutschem Gebiet oder die Zerstörung von Datenkabeln in der Ostsee.

Diesen Entwicklungen müsse mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Truppe begegnet werden. Nur so können neue Wege geebnet werden. Eine Verfestigung des 2-Prozent-Ziels sei das absolute Minimum, um auch weiterhin die Truppe zu modernisieren. Durch das Sondervermögen wurde vieles auf den Weg gebracht, weshalb die Perspektive für die Jahre 2026/27 und vor allem das Ende der Dekade deutlich besser sei als vor der Zeitenwende 2022. Nichtsdestotrotz sei die Beschaffung ein langwieriger Prozess, den man in der militärischen Entwicklung mit einplanen müsse. Diese zeitliche Kontinuität und Verlässlichkeit müsse von Seiten der Politik geschaffen werden. Zudem solle die Entwicklung von militärischer Technologie weniger konzeptgetrieben, sondern experimenteller

erfolgen. Die Konzepterstellung, die in die Entwicklung und anschließend in die experimentelle Erprobung der neuen Technologie münde, koste aktuell zu viel Zeit. Durch ein Umdrehen dieses Zyklus könnte der Prozess deutlich beschleunigt werden. Ein Beispiel für eine solche Entwicklung in rapiden Innovationszyklen sei die Dronentechnologie, die mehr und mehr zum Grundrepertoire der Sicherheitspolitik gehöre. Das wiederum führe zu großen Herausforderungen in der Beschaffung, aber auch in der Drohnenabwehr, die mit herkömmlichen Flugabwehrmethoden nicht mehr durchgeführt werden könne. Adaption und Agilität seien hier gefragt, um auch weiterhin innovative Reaktionsmöglichkeiten zu ermöglichen.

Apell für die Verteidigung unserer Werte und Freiheit

Der General schließt seinen Vortrag mit einem Appell an alle: Man müsse sich der Bedrohungslage stärker bewusst werden sowie gleichzeitig eine stärkere Resilienz und ein größeres Dringlichkeitsbewusstsein aufbauen. Unser liberales Gesellschaftsmodell und die damit verbundenen Werte, Freiheiten und Überzeugungen seien bereits jetzt angegriffen – Stärke, Verteidigung und Abschreckung seien die Worte, die Machtpolitiker wie Putin verstehen. Dafür müssen die Bundeswehr und die Gesellschaft einstehen. Denn Soldaten gewinnen zwar Schlachten, aber Kriege werden durch und für Gesellschaften gewonnen. Es sei jetzt an der Zeit den ein-

geschlagenen Weg militärisch und gesellschaftlich mit Nachdruck zu verfolgen, ohne Hektik und Scheindiskussionen, aber doch so schnell wie möglich – ganz im Sinne der strategischen Gelassenheit.

Abschließende Gedanken zur Sicherheitspolitik Deutschlands

Nach dem Vortrag werden in einer von Dr. Andreas Bachmeier moderierten Fragerunde einige weitere sicherheitspolitische Themen aufgeworfen. Unter anderem geht es um die aktuelle Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr – perspektivisch gut, aber ausbaufähig – und die Frage wie man die Truppe besser in der Gesellschaft verankern könne. Auch die Rolle von Journalisten in der Sicherheitspolitik und die Abwägung zwischen Transparenz und Geheimhaltungsverpflichtungen werden diskutiert. Bei der Frage nach der Wehrpflicht zeigt sich, dass diese derzeit die Kapazitäten der Truppe überfordern würde, da viele aktive Soldaten als Ausbilder eingesetzt werden müssten und an anderer Stelle fehlen würden. Perspektivisch benötige Deutschland aber etwa 100.000 weitere Soldaten, um seine NATO-Verpflichtungen vollumfänglich erfüllen zu können. Abschließend weist der General noch einmal auf die herausragende Bedeutung der NATO für die deutsche Sicherheitsarchitektur hin. Er fordert in diesem Zuge die Schaffung eines stärkeren europäischen Pfeilers in der Sicherheitsorganisation.



Carsten Breuer
im Gespräch
über das Prinzip
der strategischen
Gelassenheit.

„Befinden wir uns in einem neuen Zeitalter der Kriege“

Vortrag von Prof. Dr. Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München am 03. April 2025 im Hotel Bayerischer Hof

Zum tagesaktuellen Thema „Befinden wir uns in einem neuen Zeitalter der Kriege?“ kann das Peutinger-Collegium im April 2025 Prof. Dr. Carlo Masala begrüßen. Wie relevant dieses Thema inzwischen wieder in der öffentlichen Debatte geworden sei, mache der Blick auf die Anmeldungen zu diesem Abend deutlich, so Dr. Andreas Bachmeier in seiner Begrüßung: Erstmals habe eine Warteliste geführt werden müssen, da das Interesse an dieser Veranstaltung so groß gewesen sei.

Prof. Dr. Carlo Masala zählt zu den renommiertesten Politikwissenschaftlern Deutschlands. In seinem Vortrag beleuchtet er die aktuellen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Deutschland und Europa.

„Ein neues Zeitalter der Kriege? – Jain“

Gleich zu Beginn seiner Ausführungen betont Masala, dass auf die thematische Frage des Abends nur mit einem „Jain“ geantwortet werden könne. Zwar habe man in Europa das Gefühl, in ein neues Zeitalter der Kriege einzutreten, doch global betrachtet seien Kriege nie verschwunden. Dies liege vor allem daran, dass mit den jüngsten Konflikten in unmittelbarer Nachbarschaft zu Europa „unser Urlaub von der Geschichte“, den sich Europa und insbesondere Deutschland genommen habe, nun zu Ende gehe.

Global gesehen sind Kriege auch in den letzten 70 Jahren immer geführt worden – entweder als Bürgerkriege oder als zwischenstaatliche Konflikte. Zwar habe die Anzahl an Bürgerkriegen seit 1990 zugenommen, neu sei jedoch die Zunahme zwischenstaatlicher Konflikte und die direkte Beteiligung von Nuklearmächten wie Russland an solchen „vollumfänglichen Kriegen“.

Der Westen im Kampf um eine neue Weltordnung

Der Westen erlebe derzeit den Kampf um eine neue Weltordnung. Es gehe um die Frage, ob die alte Welt-



Dr. Andreas Bachmeier, Präsident des Peutinger Collegiums und Prof. Dr. Masala, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München.

13

ordnung überlebt und ob die politische und wirtschaftliche Dominanz der USA fortbestehen könne. Das zeige, so Masala, ein Blick auf den Krieg in der Ukraine, an dem sechs der neun Atommächte direkt oder indirekt beteiligt seien. Man könne daher auch von einem postmodernen Weltkrieg sprechen. In diesem Konflikt gehe es also um weit mehr als das Überleben des ukrainischen Staates und es lasse sich ein zweites Phänomen beobachten: Die bewusste Verknüpfung verschiedener Konflikte im 21. Jahrhundert – sogenannte „Polykrisen“ – zur Stärkung der eigenen Position in den internationalen Beziehungen. Aktuelle Beispiele hierfür seien die Entsendung nordkoreanischer Soldaten in die Ukraine oder die Unterstützung der Huthi durch Russland. Europa, insbesondere Deutschland, erlebe damit erstmals auch die Schattenseiten der Globalisierung durch den Einfluss weltweiter Konflikte auf den eigenen Staat, und die Abhängigkeit von ausländischen Absatzmärkten. Das bedeute, dass lokale Konflikte massive Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft und damit auf die europäischen Gesellschaften haben können.



Prof. Dr. Masalas
Appell für mehr
gesellschaftliche
Resilienz.

Durch den gleichzeitigen Rückzug der USA als internationale Schutzmacht müssten Deutschland und Europa künftig mehr Verantwortung in globalen Konflikten übernehmen, betont Masala.

Hybride Kriegsführung und neue Risiken

Ein weiteres Risiko, das beispielsweise in Russland oder China zu beobachten sei, sei die Optimierung der Kriegsführung gegen demokratische Staaten. Neben der rein militärischen Kriegsführung betreffe dies vor allem die hybride Kriegsführung. Neu daran sei, dass die hybride Kriegsführung nicht mehr an die militärische Kriegsführung anknüpfte, sondern eigenständig durchgeführt werde, etwa durch Desinformationskampagnen, Sabotage oder Cyberangriffe gegen lokale Verwaltungen.

Ziel sei es dabei, das Vertrauen der Bevölkerung in den demokratischen Rechtsstaat zu untergraben und zu erschüttern. Erschwerend komme hinzu, dass demokratische Staaten, die sich an das Völkerrecht hielten, nur schwer auf solche verdeckten Angriffe reagieren könnten, zumal eine direkte staatliche Beteiligung kaum nachweisbar sei.

Kriegserfahrungen und strategische Kalküle Russlands

Ein weiteres Phänomen, das derzeit in der Ukraine zu beobachten sei, sei die gleichzeitige Anwendung aller

Formen militärischer Kriegsführung der Neuzeit – von den Grabenkämpfen des Ersten Weltkriegs über Eroberungsstrategien des Zweiten Weltkriegs bis hin zum Drohnenkrieg der Zukunft. Zudem werde in der Ukraine nicht zwischen der Zivilbevölkerung und militärischen Zielen unterschieden, was man in dieser Form eigentlich nur aus Bürgerkriegen kenne.

Mit Blick auf die Folgen für Deutschland und Europa könne daher nicht ausgeschlossen werden, dass Russland weitere Aktionen in Richtung Westen vorbereite. Zumindest deuten aktuelle russische Aktivitäten darauf hin, dass sich Entwicklungen in diese Richtung vollzogen. Zu nennen sei in erster Linie die sukzessive Aufrüstung Russlands, die Reorganisation der russischen Militärbezirke und die Integration erfahrener Veteranen des Kriegs gegen die Ukraine in die 1,5 Millionen Mann starke reguläre Armee. Damit habe die russische Armee einen klaren Vorteil gegenüber allen anderen NATO-Armeen mit Ausnahme der USA: Kampferfahrung in einem echten Kriegseinsatz in einem anderen Staat, abseits von Auslands- oder Friedensmissionen.

Das bedeute nicht, stellt Masala klar, dass Putin einen vollumfänglichen Krieg gegen die NATO plane. Vielmehr werde er die Reaktionsfähigkeit des Bündnisses an bestimmten Orten testen – etwa in Spitzbergen oder an der estnischen Grenze zu Russland. Solche Aktionen seien für ihn ein überschaubares Risiko, da



Hoher Andrang und großes Interesse bei den Peutinger.

ein Vorrücken der NATO auf russisches Territorium äußerst unwahrscheinlich wäre. Würde die NATO in einem solchen Fall nicht mit der Ausrufung des Artikels 5 (Bündnisfall) reagieren, hätte Russland bereits gewonnen, da das Kernversprechen der gemeinsamen Verteidigung der Bündnispartner nicht mehr eingehalten werden würde.

Abschreckung und Resilienz als Schlüssel

Wie könnte dieser Gefahr begegnet werden? Zunächst durch Abschreckung – militärisch und psychologisch. Auch müsse immer wieder deutlich gemacht werden, dass alle NATO-Mitglieder gemeinsam gegen einen Angriff vorgehen und sich gegenseitig beistehen würden. Noch wichtiger sei jedoch eine resiliente Gesellschaft, hebt Masala hervor, die im Ernstfall bereit sei, nicht nur den humanitären Preis in Form von Verwundeten und Gefallenen zu zahlen, sondern auch die politischen und ökonomischen Konsequenzen militärischen Handelns zu tragen. **Nur resiliente Gesellschaften könnten der hybriden Kriegsführung adäquat Widerstand entgegensetzen.**

Doch wie könnte eine Gesellschaft resilient werden? Der Staat könne dafür nur die Rahmenbedingungen schaffen. Die eigentliche Resilienz entstehe durch die Bereitschaft der Individuen in dieser Gesellschaft, die bereit seien, für sie einzustehen und sie zu verteidigen. Das sei ein zentrales Problem der Demokratie, so

Masala, da zu wenige Demokraten bereit seien, für die Demokratie zu kämpfen – im Unterschied zu autokratischen oder faschistischen Regimen, die ihre Bevölkerung durch Ideologien fanatisierten. Als Gesellschaft müsse man jedoch erkennen, dass es sich lohne, die Demokratie zu verteidigen – nicht nur mit der Waffe in der Hand, sondern vor allem im Alltag, in Diskussionen, Gesprächen und im bewussten Umgang mit hybriden Angriffen auf staatliche Strukturen.

Diskussion und Ausblick

Die anschließende Diskussions- und Fragerunde dreht sich unter anderem um die Bedeutung eines verpflichtenden sozialen Jahres und der Bedeutung der Schulen für eine resiliente Gesellschaft, die Einordnung der Politik Trumps in eine sich wandelnde Weltordnung, sowie den Islamismus als weitere potenzielle Weltmacht.

Darüber hinaus nutzt Dr. Ian-Tsing Dieu, Generaldirektor der Taipeh-Vertretung in München, die Gelegenheit, dem Peutinger-Collegium einen Einblick in die Situation in Taipeh, die Bedrohung durch China und mögliche Antworten der Demokratien auf hybride Kriege zu geben.



„Finanzpolitik und nationale, globale Herausforderungen unserer Zeit“

Vorträge von Carsten Mumm, Chefvolkswirt der Donner & Reuschel Privatbank und Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, am 14. Mai 2025 im Bankhaus Donner & Reuschel

In Zeiten wirtschaftlicher sowie politischer Unsicherheit in ganz Deutschland kann das Peutinger-Collegium auch in diesem Jahr wieder zwei hochkarätige Gäste begrüßen. Im Mai 2025 sind Albert Füracker, bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, sowie Carsten Mumm, Chefvolkswirt der Donner & Reuschel Privatbank, eingeladen, um über finanzpolitische Themen und die nationalen wie globalen Herausforderungen unserer Zeit zu sprechen.

In Fortführung einer bewährten Tradition stellt die Donner & Reuschel AG erneut ihre Räumlichkeiten für die Veranstaltung zur Verfügung. Mit einem herzlichen Willkommen und einem Dank an die Gastgeber eröffnen Dr. Andreas Bachmeier, Präsident des Peutinger-Collegiums, und Präsidiumsmitglied Christine Gärtner den Abend.

Begrüßung und Vorstellung der Referenten

Dr. Bachmeier stellt nach einer kurzen Erläuterung des thematischen Rahmens zunächst Albert Füracker, den bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat, vor. Im Anschluss begrüßt Christine Gärtner den zweiten Gast, Carsten Mumm, und hebt dessen umfassende Expertise im Bereich der Finanzpolitik hervor. Nach der Begrüßung beginnt Carsten Mumm seinen Vortrag über die weniger erfreuliche Konjunktur und die Auswirkungen globaler Effekte, darunter insbesondere die Handelspolitik der USA unter Donald Trump. Der Internationale Währungsfonds (IWF) habe seine globalen Wachstumsprognosen zurückgenommen, und in Deutschland verzeichne man bereits im dritten Jahr in Folge ein „Nullwachstum“. Mumm führt dies insbesondere auf drei zentrale Faktoren zurück: Erstens den schwachen Konjunkturzyklus einer Exportnation. Zweitens die vorhandene Standortschwächen. Und drittens die Nachteile durch sich verändernden Globalisierung mit zunehmendem Protektionismus in Deutschland.

Gleichzeitig sehe er aber auch Anzeichen für einen bevorstehenden Aufwärtstrend – und das sei per se natürlich keine gute Nachricht: Der Boden der Prognosen sei erreicht. Selbst Trumps rudere zumindest teilweise in seinen Handelskonflikten zurück und mit der neuen Bundesregierung bestehende berechtigte Hoffnung auf eine Erstärkung des Standorts Deutschland.

Es gebe Überraschungspotenzial, so Mumm, was sich auch im auf die Zukunft eingepreisten Allzeithoch des DAX zeige. Mit Blick auf die Inflation erwarte er weitere Zinssenkungen mit einem Leitzins von 2,5 bis 3 Prozent. Die aktuelle Inflationsrate von 2,1 Prozent näherte sich stark dem langfristigen Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 Prozent und der Euro habe deutlich an Wert gewonnen.

Kapitalmärkte, Gold und Kryptowährungen

Den zunehmenden Verlust von Standortattraktivität der USA am Aktienmarkt aufgrund großer Unsicherheiten sieht Mumm als außergewöhnlichen Trend. Auch der US-Dollar könne seine Rolle als sicherer Hafen nicht mehr in gleichem Maße erfüllen. Der DAX und die europäischen Aktienmärkte entwickelten sich im Vergleich deutlich stärker.

Als alternative Krisenwährung weist Mumm auf die positive Entwicklung von Gold hin, die auch auf eine hohe Nachfrage von Notenbanken aus Schwellenländern zurückzuführen sei. Der Bitcoin werde hingegen trotz seiner Volatilität immer häufiger als Wertspeicher betrachtet. Mumm erwarte auch künftig eine stabile Nachfrage nach der Kryptowährung, die aufgrund ihrer Limitierung kaum Inflation zu befürchten hätte.

„Bayern stabil halten“ – Albert Füracker über Finanzpolitik und Verantwortung

Anschließend spricht Albert Füracker, der sich zunächst für seine bereits zweite Einladung zu den Peutingern



Carsten Mumm,
Christine Gärtner;
Albert Füracker
und Dr. Andreas
Bachmeier.

bedankt. Zwar habe er als gelernter Landwirt und staatlich geprüfter Techniker für Landbau nie geplant, das heutige Amt auszuüben. Doch durch seinen Ehrgeiz motiviert, Bayern stabil zu halten, sei er inzwischen der zweitdienstälteste Finanzminister der Länder. Auch der Staatsminister sehe, dass diese Stabilität – in Bayern wie in ganz Deutschland – ins Wanken geraten sei. Das Land sehne sich nach Planungssicherheit, betont er. Den zunehmenden Unmut über die vermeintliche Dysfunktionalität des Staates, die daraus resultierende wachsende Zustimmung zu extremen Parteien und der Vertrauensverlust in die Demokratie ist besonders kritisch zu sehen.

Gleichzeitig zeigt sich Füracker optimistisch und wirbt für Investitionswillen, Zusammenhalt und Begeisterung für Deutschland und mahnt, dass die aktuelle Bundesregierung in diesen auch international schwierigen Zeiten gut funktionieren müsse, [damit die Demokratie nicht scheitere](#): „Nur mit einer starken Wirtschaft werden auch weniger Menschen die AfD wählen.“

[Staatshaushalt, Verschuldung und Bürokratie](#)

Füracker kritisiert die Handelskonflikte mit Blick auf den Schaden, den die Länder sich damit vor allem selbst zufügten, und setzt auf ähnliche Erkenntnis beim Präsidenten der USA, Donald Trump. Mit Sorge blickt er auf den Staatshaushalt in Bayern, insbesondere angesichts der dreijährigen Rezession und der wachsenden Lücke zwischen Steuereinnahmen und

-ausgaben. Zwar dürfen Defizite nicht durch neue Schulden ausgeglichen werden, doch lehne er neue Schulden besonders für Investitionen nicht grundsätzlich ab. Gleichzeitig lobt Füracker die niedrige Verschuldung des Freistaats und die hohe Investitionsquote.

[Um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten, müsse an mehreren Stellschrauben gedreht werden](#): Etwa bei Steuern, die auch die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes beeinflussen. Daneben gehe es auch besonders um bezahlbare Energie und unbürokratische Entlastungen, so etwa degressive Abschreibungen. Vorschriften und Bevormundung fänden dagegen wenig Akzeptanz, insbesondere wenn sie auf moralischpartikularen Interessen basieren. Als Beispiele nennt Füracker das Heizungsgesetz oder die fest verbundenen Plastikdeckel auf Flaschen.

Stattdessen solle man wieder mehr Anreize schaffen, so Füracker. Gleichzeitig müsse man sich bewusst machen, dass weniger Bürokratie zwangsweise mit mehr Generalisierung und Eigenverantwortung einhergehe. Zunehmende Schuldzuweisungen an den Staat und die Verwaltung statt der Übernahme eigener Verantwortung würden sich dann verbieten. Auf dem Weg weg von weiteren Schulden zu solider Haushaltspolitik, müsse man den Bürgerinnen und Bürgern auch etwas zumuten, Ausgaben reduzieren und auch in Bayern künftig Haushalte nach Einsparpotenzial durchforsten.



Albert Füracker
fordert
Leistungswillen.

Optimismus und Zukunftsperspektiven

Mit einem positiven und optimistischen Blick nach vorn schließt Füracker seine Rede. Bayern verfüge über mehr Geld denn je und investiere gezielt in Zukunftsfelder – etwa in Künstliche Intelligenz, wo rund 100 Lehrstühle geschaffen würden. Leistung müsse sich wieder mehr lohnen und Steuerzahler mehr gesehen werden. Man habe nach wie vor alle Chancen und könne auch zukünftig ein Podiumsplatz unter den G20 einnehmen.

Diskussion und Abschluss

Im Anschluss an die Vorträge ist noch Zeit für drei Fragen aus der Zuhörerschaft an Albert Füracker, moderiert von Dr. Bachmeier. Die Themen reichen von einer vermeintlich langsamen Finanzverwaltung über gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen bis hin zu zunehmender Politik- oder Parteienverdrossenheit.

Konfrontiert mit diesen Fragen knüpft Füracker an seine ursprünglichen Thesen an und auch in der Finanzverwaltung spüre man den Personalmangel. Er stimme zu, dass man auch in Zukunft wieder mehr arbeiten müsse, allein aufgrund der sich wandelnden Gesellschaftsstruktur. Man solle anpacken und wieder mehr fördern und fordern.

Zu einer vermeintlichen Parteienverdrossenheit erklärt er, Kompromisse seien gelebte Demokratie, und sprach sich gegen eine vorgeschlagene Aufhebung des Fraktionszwangs aus. Stattdessen müsse das Verständnis und die Akzeptanz für demokratische Prozesse gestärkt werden.



„Für eine starke Wirtschaft in Deutschland: Bürgerschaftliches Engagement einer mittelständischen Unternehmerin“

Vortrag von Andrea Thoma-Böck, Präsidentin und Initiatorin der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. & geschäftsführende Gesellschafterin der Thoma Metallveredelung GmbH, am 18. September 2024 im Westin Grand

In der aktuellen Legislaturperiode der neuen Bundesregierung stand und steht Deutschland vor einem Herbst der Entscheidungen, in dem auch von der Wirtschaft hoffnungsvoll erwartete Reformen möglich sind. Was es braucht, um eine zukunftsfähige Wirtschaft zu gestalten und wie dies für den deutschen Mittelstand umgesetzt werden kann, ist der Schwerpunkt der fünften Vortragsveranstaltung des Peutinger-Collegiums im Jahr 2025.

Als Gastrednerin ist die Präsidentin und Initiatorin der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V., Andrea Thoma-Böck, geladen. Nach einer kurzen Begrüßung und Vorstellung der Gastrednerin durch den Präsidenten des Peutinger-Collegiums, Dr. Andreas Bachmeier, führt Frau Thoma-Böck als Inhaberin der Thoma Metallveredelung GmbH und Unternehmerin des Mittelstands in die Themen der von ihr begründeten Initiative für wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit ein.

Herausforderungen des Mittelstands

Zu Beginn ihres Vortrags beschreibt Andrea Thoma-Böck ihre persönlichen Beobachtungen zur aktuellen Ausgangslage, in der sich viele mittelständische Unternehmen in Deutschland befänden. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer säßen symbolisch bereits auf gepackten Koffern, ihr Blick sei in die Ferne gerichtet. Zahlreiche Unternehmen fänden nur schwer Nachfolger, sähen keine Perspektive mehr in Deutschland und Überlegungen, die Betriebe ins Ausland zu verlagern, seien vielerorts allgegenwärtig.

Als wichtigen Bezugspunkt hebt Thoma-Böck das zerstörte Verhältnis des Mittelstands zur Politik hervor – sowohl mit Blick auf die Bundesregierung in Berlin als auch auf das Europäische Parlament in Brüssel.

Sie betont dabei die Einzigartigkeit des deutschen Mittelstands in Europa. Aufgrund dieser **Besonderheit** verfehlten viele Regularien und Verordnungen ihre ursprüngliche Zweckmäßigkeit und schränkten mittelständische Unternehmen in vielerlei Hinsicht ein, statt sie zu Innovation zu befähigen.

Deshalb plädiert Thoma-Böck für ein Umdenken in der politischen Wahrnehmung, das sowohl die Bedürfnisse der Unternehmen als auch ihrer Fachkräfte in den Vordergrund rücke und den Mittelstand als Rückgrat der Gesellschaft verstehe.



Andrea Thoma-Böck über das Midenken des Mittelstandes.

Der Mittelstand als Rückgrat der Gesellschaft

Den Hintergrund ihres Engagements verdeutlicht Thoma-Böck anhand der Thoma Metallveredelung GmbH, die sie als geschäftsführende Gesellschafterin gemeinsam mit ihrer Schwester in dritter Generation führt. Das Unternehmen sei auf den Bereich der Galvanotechnik spezialisiert und zähle zu den energieintensiven Branchen mit langer Tradition in Deutschland.

Thoma-Böck betont, wie relevant der Industriezweig der Metallveredelung in der deutschen Wirtschaft auch heute noch sei und weiterhin vor Ort benötigt werde. Gleichzeitig zeigt sie auf, vor welchen Herausforderungen ihr mittelständisches Unternehmen stehe und dass es **hierfür in der Politik vielfach an Verständnis fehle**. Deshalb müsse ein Umdenken stattfinden.

Über die Jahre hinweg habe sie sich immer wieder die Frage gestellt, was sie persönlich tun könne, um diese Ausgangslage zu verändern. Ihre Antwort, die sie auch im Rahmen der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW) vertrete, sei, dass mittelständische Unternehmen eine eigene Stimme benötigten, die sie in der Öffentlichkeit repräsentiere und von ihren Erfahrungen berichte.

Wenn sich aus den eigenen Reihen des Mittelstands niemand äußere, nähmen andere Akteure diesen Platz ein. Aus diesem Grund sei es ihr ein Anliegen, Sichtbarkeit für den Mittelstand zu schaffen und durch Transparenz die Grundlage für mehr politische Beachtung zu legen.

Fehlende Sichtbarkeit und verengter Diskurs

Thoma-Böck weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Mittelstand in vielen Wirtschaftsgipfeln kaum mitgedacht werde. Lösungen würden häufig für Großunternehmen erarbeitet, seien dabei aber nicht repräsentativ und würden oftmals den „Schmerz des Mittelstands“ verkennen. Vielmehr hätte die Politik der vergangenen Regierungsperiode für den sonst als krisenresistent geltenden Mittelstand wie ein Brandbeschleuniger gewirkt. Ihrer Ansicht nach müsse aus einer Politik der Worte und Versprechungen eine Politik der Taten werden, die eine Sanierung des Wirtschaftssystems anstrebe.

Die Initiative IZW verstehe sie in diesem Zusammenhang als Impulsgeber, bei dem sich Menschen gegenseitig stärkten. Sie merkt jedoch auch an, dass mit wachsender Sichtbarkeit die Angreifbarkeit steige. Dieses Engagement gefalle nicht allen Teilen der Gesellschaft und Personen, die sich öffentlich äußerten, seien zunehmender Kritik ausgesetzt. Thoma-Böck macht zudem darauf aufmerksam, dass neben der Politik auch die Medien ihrer gesellschaftlichen Verant-

wortung nicht ausreichend gerecht würden. Dies trage dazu bei, dass es zu einer öffentlichen Abwertung des Mittelstands und seiner Belange komme. In der Folge trauten sich viele Menschen nicht mehr, ihre Meinung zu äußern. In einem verengten öffentlichen Diskurs, der besonders lauten Stimmen folge und in dem der Mittelstand jedoch abwesend sei.

Nach Thoma-Böcks Ansicht brauche es einen neuen Umgang mit Meinungsfreiheit sowie ein anderes Verständnis von Gestaltungsfreiheit als Versprechen an die nächste Generation. Dies gelte nicht nur für Deutschland, sondern auch für die europäische Politik. Sie befürwortet die Idee eines starken Europas im Sinne des ursprünglichen Gründungsgedankens, mit einem Binnenmarkt, der die Wirtschaft gemeinschaftlich stärke und nicht schwäche.

Aktuell dominierten jedoch ihrer Einschätzung nach Regulierungswut, Arroganz und Selbstschwächung. **Damit werde die Unfähigkeit des Brüsseler Bürokratiestaats zunehmend zu einer Bedrohung für Europa, die vor allem die starken Industrienationen treffe.** Ein Beispiel in diesem Zusammenhang sei die europäische Chemikalienverordnung REACH, deren Verhandlungen nach 14 Jahren wieder nahezu am Anfang stünden – mit massiven wirtschaftlichen Schäden und dem Ergebnis, dass Fragen des Arbeitsschutzes ins Ausland verlagert würden.

Der Mittelstand als kulturelles Erbe

Andrea Thoma-Böck schließt ihren Vortrag mit einem Resümee und betont, dass der Mittelstand nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Teil des kulturellen Erbes Deutschlands sei.

Bürgerschaftliches Engagement könne einen wichtigen Beitrag zur Schadensbegrenzung leisten. Sie appelliert an das Publikum, auf diesem Wege eine Perspektive für die nächste Generation zu schaffen, Haltung zu zeigen und dabei mutig voranzugehen – denn Mut beginne dort, wo Bequemlichkeit aufhöre.

Fragerunde und Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag werden weitere gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Themen aufgegriffen und diskutiert. Zentrale Punkte sind die

Angeregte
Gespräche nach
dem Vortrag
von Andrea
Thoma-Böck.



Zusammenarbeit mit öffentlichen Akteuren und Wirtschaftsverbänden sowie Lösungsansätze außerhalb energieintensiver Branchen. Auch die Rolle wirtschaftsnaher Parteien im Verhältnis zu bürgerschaftlichem Engagement werden thematisiert.

Bei einer Frage nach der Hebelwirkung gesellschaftlicher Repräsentation zeigt sich, dass für Vertreterinnen und Vertreter des Mittelstands Sichtbarkeit in klassi-

schen wie sozialen Medien eine zentrale Rolle spielt, um eine Vorbildfunktion wahrnehmen zu können. Abschließend weist Andrea Thoma-Böck noch einmal auf einige aus ihrer Sicht entscheidende Maßnahmen hin, um den Mittelstand in der deutschen Gesellschaft zu stärken und betont insbesondere die übergeordnete Relevanz von Strukturmaßnahmen und ganzheitlichen Ansätzen, bei denen ein schlanker Staat als Garant für die Zukunft fungiere.



„Herausforderungen im Handwerk“

Podiumsdiskussion mit Franz Xaver Peteranderl, Präsident der Handwerkskammer München und Oberbayern, Dr. Gabriele Jahn, Geschäftsführerin Personal, Immobilien & Bäder, Stadtwerke München, Eva Lettenbauer, MdL & Vorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern und Dr. Jürgen Siebel, Exekutivdirektor des Europäischen Zentrums zur Förderung der Berufsbildung, am 18. November 2025 in der Handwerkskammer für München und Oberbayern

Christine Gärtner, Mitglied des Präsidiums des Peutinger-Collegium, eröffnet die Veranstaltung und stellt den Gastgeber des Abends, Franz Xaver Peteranderl, vor. Als Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern vertritt er die Interessen von mehr als 200.000 Betrieben und etwa 950.000 Beschäftigten – darunter etwa 63.500 Auszubildende. Das Handwerk sei seine Leidenschaft, er selbst führe seit 40 Jahren den elterlichen Baubetrieb. Deshalb freue er sich umso mehr auf das Thema der heutigen Veranstaltung – „Herausforderungen im Handwerk“.

Herausforderungen im Handwerk – ein Vorwort

Peteranderl heißt die Gäste im Josef-Wild-Saal der Handwerkskammer willkommen. Mit dem Peutinger-Collegium teile die Handwerkskammer sehr ähnliche Werte: Unternehmerische Entfaltung, Weltoffenheit, Bodenständigkeit und Selbstverwaltung seien Eckpfeiler eines erfolgreichen Unternehmertums.



Peteranderl begrüßt die Gäste im Josef-Wild-Saal.

Grundlage für die hochwertigen Leistungen in unseren Betrieben sei die qualifizierte Ausbildung von Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Handwerk leiste

einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Dennoch – die gesamtwirtschaftliche Lage sei schwierig: Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die Baukrise belasten die Betriebe. Auch das Jahr 2025 werde mit einem nominalen Umsatzwachstum von nur etwa 0,2 Prozent und sinkender Beschäftigung herausfordernd bleiben.

Gründe für den Rückgang der Attraktivität des Handwerks seien insbesondere die steigenden Steuer- und Abgabenlasten sowie die ausgeprägte Bürokratie. Vor allem kleinere Betriebe leiden darunter. Der Präsident der Handwerkskammer plädiert dafür, dass die Politik den Fokus wieder auf kleine und mittelgroße Unternehmen lenken und diese entlasten müsse. Es benötige vor allem Reformen, um Steuern und Abgaben zu reduzieren und Bürokratielasten zu begrenzen.

Die Zahlen der Agentur für Arbeit verdeutlichen einen Fachkräftemangel im Handwerk: Von rund 32.000 offenen Stellen können etwa 11.000 aufgrund fehlender Qualifikationen nicht vergeben werden. Dies verdeutlicht umso mehr den Bedarf einer gezielten Ausbildung junger Menschen. „Wir brauchen Fachkräfte und Leute, die Lust haben, das Unternehmertum auszuleben.“, so Peteranderl. Junge Menschen müssen erkennen, dass sich der Weg ins Handwerk lohne und unter Umständen mehr Chancen biete als ein Studium. Um diesen Teil der Gesellschaft zu erreichen, setze die Handwerkskammer auf verschiedene Maßnahmen. Es werden zwei Filme gezeigt, darunter eine Imagekampagne, die in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium entstanden ist. Anschließend eröffnet Dr. Gabriele Jahn in ihrer heutigen Funktion als Moderatorin die Podiumsdiskussion. Neben Peteranderl werden Eva Lettenbauer und Dr. Jürgen Siebel auf die Bühne gebeten.

Peteranderl,
Lettenbauer &
Siebel in einer
regen Podiums-
diskussion.



Eva Lettenbauer und Dr. Jürgen Siebel stellen sich vor

Eva Lettenbauer ist studierte Wirtschaftsingenieurin und seit 2018 Mitglied des Bayerischen Landtags. Dort ist sie Teil des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie.

Dr. Jürgen Siebel schloss sein Studium der Volkswirtschaftslehre in Hamburg ab, promovierte in Wien und war anschließend viele Jahre im Personalmanagement tätig. Seit 2019 leitet er als Exekutivdirektor das europäische Kompetenzzentrum zur Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP).

Wie gestalten Sie Ausbildungsplätze attraktiver, Herr Peteranderl?

Das Handwerk stelle zwar 12,4 Prozent der gewerblichen Beschäftigten dar, bilde aber nur rund 30 Prozent der dualen Auszubildenden aus, so Jahn. Auf die Frage, wie die Handwerkskammer Ausbildungsplätze attraktiver gestaltet, betont Peteranderl, dass es besonders wichtig sei, Eltern und Lehrkräfte von den Möglichkeiten einer handwerklichen Ausbildung zu überzeugen. Die Bindung von Auszubildenden hänge jedoch auch vom einzelnen Betrieb ab: Freude an der Arbeit, Teamgeist und Aufstiegschancen seien entscheidend. Jeder junge Mensch solle nach der Schule eine Lehre oder duale Ausbildung in Erwägung ziehen. Nur so könne vermieden werden, dass Schülerinnen und Schüler ohne

jeglichen Berufsabschluss dastünden: „Das darf uns in Zukunft nicht passieren, [...] dass wir so viele junge Leute auf der Strecke verlieren, die dann nicht ausbildungsfähig sind.“ Die Handwerkskammer zeige deshalb unter anderem verstärkt Präsenz in Schulen, um die Vielfalt und Modernität des Handwerks zu vermitteln.

Existieren auch andere Ausbildungsmodelle im EU-Ausland, Dr. Siebel?

Die deutsche Berufsausbildung sei im europäischen Kontext ein Referenzmodell, so Siebel. Es gäbe aber auch andere gute Bildungsmodelle. Strategien wie zum Beispiel das „Web Diploma“ streben eine stärkere Vergleichbarkeit und Anerkennung der Berufsbildung an. Aktuell sei die Ausbildungslandschaft in der EU jedoch noch sehr heterogen. Eine Vereinheitlichung sei aufgrund der Divergenzen der Mitgliedstaaten derzeit nicht denkbar, zumal der politische Wille fehle.

Siebel plädiert dafür, dass die Ausbildungsmöglichkeiten insgesamt aktiver gestaltet werden müssen. Anpassungsfähigkeit und Praxisnähe seien ein Vorteil gegenüber akademischen Bildungswegen. Gleichzeitig erkenne er die Schwierigkeiten bei der Harmonisierung und Attraktivität, auch bei der Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland. Die Aufgabe des CEDEFOP bestehে deshalb darin, den Austausch zu fördern.

Wie kann die Politik unterstützen, Eva Lettenbauer?

Lettenbauer sieht die Politik in der Verantwortung, um die Attraktivität von Ausbildungsberufen zu steigern. Sie selbst habe das Privileg einer dualen Ausbildungsstelle genossen und war damit die Einzige in ihrem Heimatort.

Schülerinnen, Schüler und besonders deren Eltern müssen überzeugt werden, dass ein Ausbildungsberuf eine sehr gute Grundlage bilde. Deutschland müsse außerdem für Zuwanderer wieder attraktiver werden. Sprache, Einwanderungsverfahren und Anerkennungen seien anspruchsvoll, so Lettenbauer. Der Zugang zur Ausbildung müsse also erleichtert werden.

Mobilität und fehlenden Wohnraum sieht Lettenbauer als weitere Hürden, insbesondere im ländlichen Raum. Sie fordert mehr ÖPNV-Angebote, Frühverbindungen und innovative Mobilitätsmodelle. Es brauche mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Die Zukunft des Handwerks

Peteranderl ist stolz, dass er bereits so viele junge Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Ausbildung begleiten durfte. Deutschland sei auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Schließlich sei der demografische Wandel europaweit spürbar. Zudem müsse das duale Ausbildungssystem gestärkt und das Anerkennungs- und Validierungsverfahren vereinfacht werden. Entscheidend sei, dass sich ausländische Fachkräfte in Deutschland wertgeschätzt und willkommen fühlen.

Siebel teilt die Ansicht Peteranderls. Deutschland brauche eine Willkommenskultur und einfache Anerkennungsverfahren. Dennoch seien die Grundvoraussetzungen für Fachkräfte aus dem Ausland schwierig. Wir brauchen EU-weit gemeinsame Standards für Anerkennung, Integration und Migration, um den Pool an Auszubildenden zu vergrößern, sowohl im Inland als auch im Ausland. Des Weiteren müssen wir auch Frauen aktiv darin unterstützen, Ausbildungsangebote wahrzunehmen.

Abschließende Worte zur Podiumsdiskussion

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion reflektieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, was derzeit gut in der Transformation funktioniert. Peteranderl stellt Forderungen an die Politik: Ihm liegt insbesondere der Abbau der Bürokratie am Herzen. Er plädiert dafür, Regelungen flexibler zu gestalten und Einzelfälle zu berücksichtigen – viele Gesetze seien für kleine Betriebe schwer umsetzbar.

Siebel sieht die klassische Berufsbildung und das Handwerk als entscheidend für die Orientierung junger Menschen und für die Transformation der Gesellschaft. Übermäßige Regulierungen dürfen den Fortschritt nicht behindern. Die Umsetzung des europäischen Green Deals kann europaweit Millionen Jobs schaffen, wobei die Berufsbildung das zentrale Instrument bleibt.

Auch Lettenbauer sieht die vielen Vorteile, die für Handwerksbetriebe beispielsweise durch den Ausbau erneuerbarer Energien entstehen, als sehr positiv an. Die Podiumsdiskussion endet mit einer Danksagung an die Teilnehmenden.



„Das Gigawatt Rennen: Warum KI und Co. auf deutsche Technologie angewiesen sind“

Vortrag von Mehrdad Baghaie Yazdi, Vice President Systems, Applications and Software bei Infineon Technologies, am 03. Dezember 2025 im Westin Grand Hotel

Der neu gewählte Präsident des Peutinger Collegiums, Tilman Röder, eröffnet die Veranstaltung und bedankt sich für das in ihn gesetzte Vertrauen. Dank spricht er auch dem nun ehemaligen Präsidium aus. Besonders hebt er die Arbeit von Dr. Andreas Bachmeier hervor, der in fünf Jahren Präsidentschaft den Neuauftritt des Collegiums gestaltet und viele positive Neuerungen implementiert habe. Auch bei Christine Gärtner bedankt er sich explizit für ihre langjährige Mitarbeit und ihr besonderes Engagement. Nach einer Vorstellung des neuen Präsidiums und einem vorfreudigen Blick auf das kommende Peutinger-Jahr übergibt Tilman Röder an Christine Gärtner, die den Gast des Abends, Mehrdad Baghaie Yazdi, vorstellt und zum Thema hinführt. Sie beschreibt seinen akademischen Weg von einem Studium der Elektrotechnik und Elektronik mit Schwerpunkt Mikroelektronik an der TU Wien über einen PhD in Festkörperelektronik an der TU Darmstadt. Heute ist Baghaie Yazdi Vice President Systems, Applications and Software bei Infineon, einem der weltweit führenden Hersteller von Halbleitern. Warum diese „das Nervensystem unserer digitalen Welt“ sind und was das mit deutschem Unternehmergeist zu tun hat, beleuchtet er in seinem Vortrag mit dem Titel: „Das Gigawatt-Rennen: Warum KI und Co. auf deutsche Technologie angewiesen sind“.



Der neu gewählte Präsident stellt das neue Präsidium vor.

Deutschland als Leitkultur der Innovation

Zu Beginn seines Vortrags schlägt Mehrdad Baghaie Yazdi einen sehr persönlichen Ton an.

Er erzählt, wie er seine Geburtsstadt Wien verlassen und sich ganz bewusst für Deutschland entschieden habe. Ausschlaggebend sei letztlich sein Bild von Deutschland gewesen: ein Land der Innovationsträger, der Geburtsstätten von Wissen, geprägt von Erfindern, Ingenieuren und Wissenschaftlern. Baghaie Yazdi beschreibt, wie er aus einer Familie komme, in der Geschichte und Herkunft eine große Rolle spielten. Über das Verständnis der eigenen Wurzeln finde man seinen Platz, auch in einer neuen Gesellschaft. Deutschland sei für ihn immer „Inbegriff einer Innovationskultur“ gewesen.

Um diesen Gedanken zu illustrieren, zeigt er Bilder großer deutscher und deutschsprachiger Denker: Gauß, Riemann, Hilbert, Heisenberg, Schrödinger, Pauli, Frege und andere. Er macht deutlich, wie viel von dem, was heute unsere digitale Welt ausmacht, auf diesen Grundlagen beruht: Moderne Kryptographie, GPS, Quantenmechanik, Halbleiterphysik – vieles davon sei ohne diese historischen Leistungen undenkbar.

Sein Fazit: Deutschland habe eine echte Leitkultur der Innovation und solle sich dessen viel bewusster sein, statt sich in populistischen Themen und einer „Spirale der Negativität“ über vermeintlichen Verlust von Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

KI, Energiehunger und das Gigawatt-Rennen

Von dieser historischen Einbettung schlägt Baghaie Yazdi die Brücke zur Gegenwart und erklärt, warum es sich momentan um eine Renaissance des Zeitalters der Elektrizität handle. Elektrizität sei der Innovationsmotor all unserer modernen Technologien. Anhand von Bildern großer Rechenzentren erläutert er den enormen

Optimistisch und voller Vertrauen blickt Baghaie Yazdi auf deutsche Innovationskraft.



Energiebedarf aktueller KI-Systeme. Allein das Training eines einzelnen Modells wie GPT-3 habe bereits über 1.000 Megawattstunden benötigt und wir seien inzwischen mehrere Generationen weiter. Rechenzentren der nächsten Generation benötigten elektrische Leistungen, die im Bereich dutzender Kernkraftwerke lägen.

Während die mediale Aufmerksamkeit vor allem auf KI-Chips, Software und großen US-Marken liege, entstehe das eigentliche Nadelöhr zunehmend in der Strom- und Leistungselektronik – also in jener Technologie, die elektrische Energie in der richtigen Form, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort verfügbar mache.

„NVIDIA ist das Gehirn – wir sind das Herz“

Im weiteren Verlauf seines Vortrags lenkt Baghaie Yazdi den Blick auf die Wertschöpfungskette, die hinter den aktuellen KI-Entwicklungen stehe. In der öffentlichen Wahrnehmung dominiere häufig NVIDIA, jenes US-Unternehmen, das mit seinen Hochleistungsprozessoren die Rechenzentren der Welt ausstatte und damit gewissermaßen das „Gehirn“ der künstlichen Intelligenz liefere. Diese Einschätzung sei nicht falsch, greife aber zu kurz. Denn damit ein solcher Chip überhaupt arbeiten kann, benötige er eine hochkomplexe Energieversorgung, die die extremen Leistungsanforderungen erst ermöglicht.

Hier, so Baghaie Yazdi, komme Deutschland ins Spiel. Während NVIDIA die Rechenoperationen bereitstelle, liefere Deutschland – allen voran Infineon – die Tech-

nologie, die das gesamte System am Leben hält: „Wir sind das Herz.“ Ohne dieses Herz könne kein Rechenzentrum betrieben, kein Modell trainiert und keine KI-Anwendung ausgeführt werden. Die Leistungs- und Energieverwaltung, die Umwandlung von Strömen und Spannungen, die präzise Steuerung und die Stabilität des Gesamtsystems seien Aufgaben, die nicht sichtbar im Vordergrund stünden, aber essenziell für das Funktionieren des digitalen Nervensystems seien.

Baghaie Yazdi betont, dass moderne KI-Systeme enorme Energiemengen benötigten. Weit mehr, als der Öffentlichkeit bewusst sei. Ein einzelner Hochleistungschip könne die Abwärme eines Induktionskochfelds erreichen. Rechenmodule bestünden aus vielen solcher Chips, die in sogenannten „Blades“ zusammengefasst und zu Hunderten in Racks verbaut würden. Dadurch entstünden Leistungsanforderungen im Bereich ganzer Kraftwerke. Datenzentren der neuesten Generation benötigten, wie Baghaie Yazdi anschaulich beschreibt, die Stromleistung eines mittelgroßen Atomkraftwerks. Die dafür notwendige Energie müsse zuverlässig, effizient und im richtigen Moment zur Verfügung gestellt werden. Eine Aufgabe, die ohne deutsche Halbleiter-technologie nicht zu bewältigen sei.

Diese Leistungselektronik, winzige Bauteile, die Spannungen umwandeln, Ströme steuern, Energie speichern und verteilen, sei einer der am meisten unterschätzten Bereiche moderner Innovation. Hinter jedem Netzteil, jeder Batterieeinheit, jedem Umrichter und



Merhad Baghaie
Yazdi über
Leitkultur und
Innovation.

jeder Stromzuleitung stünden Halbleiter, deren Präzision darüber entscheide, ob ein Rechenzentrum stabil läuft oder kollabiert. Auch im Bereich erneuerbarer Energien, Photovoltaik, Batteriespeicher, Mobilität und Industrie 4.0 seien diese Bauteile unentbehrlich.

Er verweist darauf, dass Infineon als weltweit führendes Unternehmen im Bereich der Leistungshalbleiter fungiert und damit Deutschland führend in diesem Bereich sei. Die Herausforderung bestehe nun darin, diesen Vorsprung zu halten und auszubauen, um nicht, „die deutsche Automobilindustrie 2.0 zu werden“. Dafür brauche es Sichtbarkeit, politisches Verständnis und ein Bewusstsein für den Wert dieser Kerntechnologien.

Infrastruktur als Fundament der Zukunft

Anschließend richtet Baghaie Yazdi den Blick auf die notwendige technologische Infrastruktur. Die digitalisierte Welt, die KI-Revolution, die Transformation der Industrie: All dies setze enorme Investitionen in Netze, Energieverteilung und Speicherlösungen voraus. Zwar verfüge Deutschland im internationalen Vergleich über ein relativ modernes Stromnetz, doch der zukünftige Bedarf werde dieses bei weitem übersteigen.

Er führt aus, dass nicht der Mangel an Strom das Problem sei, sondern dessen Verfügbarkeit zur richtigen Zeit und am richtigen Ort. Die heutige Infrastruktur sei nicht darauf ausgelegt, riesige Energiemengen flexibel zu verteilen oder kurzfristige Lastspitzen auszugleichen. Intelligente Netze, bidirektionale Systeme, Batterie-

speicher, moderne Transformatoren und leistungsfähige Halbleiter seien deshalb unerlässlich. Deutschland müsse in diesen Bereichen konsequent investieren, sonst drohe die digitale Entwicklung an den eigenen Engpässen zu scheitern.

Ein Blick in die Zukunft der Halbleitertechnologie

Baghaie Yazdi beschreibt eindrücklich den technologischen Wandel, der bevorstehen könnte. Klassische Transformatoren, große, schwere Geräte im Ölbad, die jahrzehntelang im Netz gearbeitet haben, seien künftig nicht mehr ausreichend. Neue Halbleiter-basierte Transformatoren könnten sie um den Faktor 14 verkleinern, digitalisieren und effizienter machen. Intelligente Schutzschalter, moderne Schaltungskonzepte und solide-state-Technologien würden die Grundlage eines Stromsystems bilden, das den Anforderungen der nächsten Jahrzehnte standhalten könne.

Diese Systeme seien nicht nur kompakter, sondern auch steuerbar, analysierbar und vorausschauend wartbar. Damit würde eine Infrastruktur möglich, die mit Datenzentren, Elektrofahrzeugen, Industrieautomation und erneuerbaren Energien mithalten könne - egal ob im urbanen Umfeld oder in hochkomplexen industriellen Anwendungen.

Verantwortung und Unternehmergeist – Call to Action

Zum Ende seines Vortrags richtet Baghaie Yazdi den Blick bewusst über die technischen Details hinaus.

Innovation, so betont er, werde nicht nur in Laboren, Entwicklungsabteilungen oder Werkhallen geschaffen. Sie sei immer auch Ausdruck einer kulturellen Haltung, eines Selbstverständnisses, das in Deutschland historisch verankert sei, aber zunehmend an Sichtbarkeit verliere, ihn aber immer wieder daran erinnere, warum er nach Deutschland gekommen sei. Deutschland als eine Kultur, die nicht kopiere, sondern erfinde. Etwas worauf wir laut Baghaie Yazdi stolz sein sollten. Weil es Leute bewege auf die deutsche Leitkultur zu schauen und sich Ihrer Verantwortung in diesem Rahmen bewusst zu sein. Diese Verantwortung legt er in einem Appel in fünf Punkten dar:

- Investieren Sie bewusst in deutsche Zukunftsprojekte
- Nutzen Sie Ihre Stimme und Ihr Netzwerk, um politische Prioritäten zu setzen
- Fördern Sie wissenschaftliche Exzellenz und Talenteentwicklung

- Werden Sie Botschafter einer Leitkultur der Innovation
- Übernehmen Sie demokratische Verantwortung

Abschluss und Diskussion

In der anschließenden Fragerunde werden unter anderem die Themen Finanzierung von Innovation, die Unterschiede zwischen amerikanischer und europäischer Venture-Capital-Kultur, die Rohstoffabhängigkeit bei Halbleitern sowie der Austausch zwischen Industrie und Politik diskutiert. Deutlich wird dabei: Kapital ist in Europa vorhanden, aber oft schwer mobilisierbar und regulatorische Rahmenbedingungen sind komplex. Baghaie Yazdi bleibt in seinen Antworten stets zuversichtlich, was einen der Diskussionsteilnehmer zu sehr passenden abschließenden Worten verleitet: „Ihr Wort in Politikers Ohr“.



Auf diese Gäste freuen wir uns im kommenden Jahr ...



Bruno Jonas
Bayerischer Kabarettist und Autor

und

Timo Frasch
Politikwissenschaftler und Autor, Politischer Korrespondent für Bayern der FAZ

Dienstag, 20. Januar 2026, Bayerischer Hof



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Europaabgeordnete, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Europäischen Parlaments, Außenpolitikerin, Mitglied des FDP-Präsidiums (angefragt)

Mittwoch, 11. Februar 2026, Westin Grand Hotel



Elisabeth Staudinger
Vorstandsmitglied Siemens Healthineers

Mittwoch, 22. April 2026, Westin Grand Hotel



Damian Boeselager
Mitgründer von VOLT und Abgeordneter im Europäischen Parlament

Mittwoch, 07. Mai 2026, Westin Grand Hotel



Clemens Baumgärtner
Oberbürgermeister-Kandidat der CSU für München bei der Wahl 2026

und

Stefan Schneider
Geschäftsführer Immobilien & Versicherungen bei Donner & Reuschel





und

Magnus Müller-Rischart
Inhaber der Großbäckerei Rischart

und

Dr. Bernhard Boeck
Stadtwerke München, Leitung Immobilien
(Moderation)

Mittwoch, 24. Juni 2026, Donner & Reuschel



Jan Tombiński
Botschafter Polens in Berlin

Montag, 28. September 2026, Westin Grand Hotel



Professor Patrick Glauner
Professor für Künstliche Intelligenz an der
TH Deggendorf

und

Wilfried Karl
Präsident der Zentralen Stelle für Informations-
technik im Sicherheitsbereich (ZITiS)

Dienstag, 10. November 2026, Westin Grand Hotel



Convent und Großer Rat

mit anschließendem Vortrag von



Gerald Knaus
Sozialwissenschaftler und Migrationsforscher,
Vorsitzender der European Stability Initiative – ESI

Dienstag, 10. November 2026, Westin Grand Hotel

Impressum

Redaktion

Dr. Andreas Bachmeier (v. i. S. d. P.)
Engel & Zimmermann GmbH
Leibstraße 51
85540 Haar
info@engel-zimmermann.de

Bildnachweis

Titel: © Christian Vohler
Die Fotos wurden von den Personen zur Verfügung
gestellt. Sofern nicht anders angegeben, liegt das
Copyright bei den einzelnen Personen.

München, Dezember 2025

Herausgeber

Peutinger-Collegium e.V.
c/o K3 Presseagentur GmbH
Ichoring 37b
82057 Icking
info@peutinger-collegium.de
www.peutinger-collegium.de



Peutinger-Collegium e. V.
c/o K3 Presseagentur GmbH
Ichoring 37b
82057 Icking
info@peutinger-collegium.de
www.peutinger-collegium.de

MENSCHEN. GESPRÄCHE. HINTERGRUND.